### WEINHEIMER

# NACHRICHTEN

für die ganze Woche.

**TATORT** 

Fürsorglich und doch bestialisch

#### WEIHNACHTSBÄUME SELBER SCHLAGEN

Elfte Auflage der WN-Aktion startet am ersten Adventswochenende ▶ seite 9 **DAS WETTER** 

Überwiegend stark bewölkt Temperatur 10/5° C



Nr. 274 / 157. Jahrgang

Weinheimer Anzeiger · Weinheimer Zeitung · Weinheimer Morgen · Amtsblatt der Stadt Weinheim

D 7102 · Einzelpreis 2,00 €

**Arbeitsmarkt:** Unternehmen beklagen Fachkräftemangel

# Lücke bei **IT-Experten** in der Region

Mannheim. Fehlende IT-Spezialisten werden zunehmend zum Problem für den deutschen Arbeitsmarkt: Unternehmen aus der Region Rhein-Neckar beklagen einen zunehmenden Mangel an Spezialisten in der Informationstechnik. Neben SAP geben auch die Unternehmen BASF, Freudenberg und Dentsply Sirona an, Schwierigkeiten zu haben, geeignete Fachkräfte wie Datenanalysten oder Programmierer zu finden. "Wir stellen fest, dass sich der Wettstreit um die besten Talente gerade auch im IT-Bereich verschärft hat. Zwar können wir die Positionen besetzen, der Rekrutierungsprozess dauert allerdings zunehmend länger und erfordert größere Anstrengungen", sagt eine Sprecherin von Dentsply Sirona.

Die Gewinnung von IT-Experten ist auch im öffentlichen Dienst eine Herausforderung. Angesichts der Digitalisierung sind IT-Fachkräfte stark nachgefragt und haben in der freien Wirtschaft oft bessere Verdienstmöglichkeiten. Da die öffentlichen Arbeitgeber in Baden-Württemberg - wie das Landeskriminalamt oder das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration bei der Bezahlung an gesetzliche Regelungen gebunden sind, können sie nicht die gleichen Gehälter anbieten wie die Wirtschaft.

**Bildungsrat:** Nach Ausstieg gilt Staatsvertrag als Lösung

## **Bund will** Vorschlag

Berlin. Nach dem Ausstieg Bayerns und Baden-Württembergs aus dem geplanten Nationalen Bildungsrat richten sich viele Hoffnungen auf einen möglichen Staatsvertrag der Länder. Ein Ziel bleibt weiterhin, für mehr Vergleichbarkeit in der Bildung zu sorgen. Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) argumentierte, die Länder müssten nun klären, wie sie weiter vorgehen wollen. Nach Einschätzung von Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) hat sich der geplante Nationale Bildungsrat nach dem Ausstieg der beiden Süd-Länder erledigt. Das Ansinnen sei aber trotzdem existent und sollte nun in einem Staatsvertrag geregelt werden, sagte er. Bayern und Baden-Württemberg hatten am Wochenende erklärt, sich nicht an dem Nationalen Bildungsrat zu beteiligen, dessen Aufbau Union und SPD vereinbart hatten. Das Gremium sollte aus Vertretern von Bund und Ländern bestehen, die Empfehlungen zu Bildungsthemen aussprechen sollten. Darunter fallen ganz praktische Probleme wie die Vergleichbarkeit des Abiturs.

► Kommentar und Bericht Seite 2

### Dresdner Schmuckstücke gestohlen



Dresden. Es ist einer der spektakulärsten Fälle der vergangenen Jahrzehnte: Einbrecher haben aus der berühmten Schatzkammer Grünes Gewölbe in Dresden Kunstschätze von kaum messbarem Wert gestohlen. Vermutlich zwei Täter stiegen über ein Fenster in das Residenz- am Geburtstag des Großmoguls Aureng-Zeb"

schloss mitten in der Dresdner Altstadt ein. Bisher fehlt von ihnen jede Spur. Eine zehnköpfige Sonderkommission namens "Epaulette" fahndet derzeit mit Hochdruck nach den Tätern. Der 1701 bis 1708 geschaffene "Hofstaat von Delhi

gilt als Hauptwerk europäischer Juwelierkunst des Barock und ist eines der Prunkstücke in Dresden. Noch ist nicht bekannt, ob diese Arbeit vom Diebstahl betroffen ist.

► Bericht Aus aller Welt

Kriminalität: Zahl der Übergriffe in Partnerschaften bundesweit gestiegen / Mehr Hilfsangebote für Betroffene geplant

# 114 393 Frauen Opfer von Gewalt

walttaten in Partnerschaften ist in Deutschland weiter gestiegen. Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) legte am Montag in Berlin eine Auswertung des Bundeskriminalamts (BKA) vor. Demnach gab es 2018 fast 141 000 Fälle, nach rund 139 000 im Vorjahr. Betroffen waren in 81 Prozent der Fälle Frauen. 122 Frauen wurden von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet.

Giffey startete gemeinsam mit Hilfsorganisationen zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen eine Initiative für mehr Schutz für Betroffene. Im Nachbarland Frankreich wurden schärfere Gesetze angekündigt. Laut Familienministerium sank zwar die Zahl der Tötungsfälle im vergangenen Jahr im Ver- Frau in der Partnerschaft gefährlich

wurden aber mehr Frauen Opfer von Partnerschaftsgewalt. Die Zahl stieg konkret von 113 965 auf 114 393. Gezählt wurden Mord und Totschlag, Körperverletzungen, Vergewaltigung, sexuelle Nötigung, sexuelle Übergriffe, Bedrohung, Stalking, Nötigung, Freiheitsberaubung, Zuhälterei und Zwangsprostitution. In der Zählung tauchen nur Taten auf, die auch angezeigt wurden. Es wird daneben von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen.

Die Zahlen seien nach wie vor schockierend, sagte Giffey. "Sie zeigen, dass weiterhin viel zu viele Frauen unter Gewalt von ihrem Partner oder Ex-Partner leiden. Mehr als ein Mal pro Stunde wurde 2018 eine

Berlin. Die Zahl der gemeldeten Ge- gleich zu 2017 um 25. Insgesamt körperverletzt." Gleichzeitig verwies Platz im Frauenhaus bekommen sie darauf, dass auch Männer von Partnerinnen oder Ex-Partnerinnen psychisch und physisch angegriffen werden. Es gab demnach rund 26 000 männliche Opfer.

#### Frankreich verschärft Gesetz

Der Bund will in den kommenden Jahren rund 120 Millionen bereitstellen für den Aus-, Um- und Neubau von Frauenhäusern und Beratungsstellen. In Deutschland gibt es nach Giffeys Angaben etwa 350 Frauenhäuser mit 7000 Plätzen. "Wir bräuchten aber 20 000", sagte sie und appellierte an die Länder, mehr Kapazitäten zu schaffen. Die Politikerin sprach sich außerdem dafür aus, dass Betroffene

sollten, wie das zum Beispiel die Grünen fordern. Sie gestand aber ein, dass dies derzeit wegen der zu geringen Kapazitäten in den Frauenhäusern nicht umsetzbar wäre.

Auch in anderen Ländern rückte das Thema zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am Montag in den Fokus. Frankreichs Regierung kündigte an, Frauen mit Gesetzesverschärfungen künftig besser vor Gewalt schützen. "Gegen Partnerschaftsgewalt braucht unsere Gesellschaft einen Elektroschock", sagte Premier Édouard Philippe. Am Wochenende hatten in Paris Tausende gegen Gewalt gegen Frauen demonstriert.

einen Rechtsanspruch auf einen **Kommentar und Bericht Politik** 

Justiz: Ministerin Christine Lambrecht will Gesetz verschärfen / Appell an Staatsanwälte: "Jede antisemitische Tat verfolgen"

# Flaggen-Verbrennen soll Straftat werden

Mannheim. Bundesjustizministerin den immer öfter Flaggen verbrannt. Christine Lambrecht (SPD) will das Verbrennen von Flaggen generell unter Strafe stellen. Das sagte sie in einem Interview dieser Zeitung. Ihr Ministerium erarbeite einen Gesetzentwurf, der noch dieses Jahr vorgelegt werden soll. Darin wird das Verbrennen des Hoheitszeichens eines Staates als Straftatbestand eingestuft, der mit einer Geld- oder Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren geahndet wird.

Bislang ist lediglich das Zerstören einer öffentlich gezeigten Fahne, wie sie etwa vor Botschaften hängen, strafbar. "Bei Demonstrationen werDamit werden die Gefühle vieler Angehöriger einer Nation tief verletzt", sagte Lambrecht. "Daraus ziehen wir Konsequenzen und wollen mit einer Verschärfung des bestehenden Rechts das Verbrennen von Fahnen generell unter Strafe stellen."

#### Offen für Rot-Rot-Grün

Die in Mannheim geborene und in Viernheim aufgewachsene Ministerin sprach sich zudem dafür aus, dass Staatsanwälte in Deutschland Verfahren mit antisemitischem Hintergrund nicht mehr einstellen sollten.



**Justizministerin Christine Lambrecht** beim Redaktionsbesuch.

Die Ermittler in Bayern hatten ein solches Vorgehen nach dem Terror-Anschlag auf eine Synagoge in Halle angekündigt. "Es wäre ein starkes Signal des Rechtsstaats, wenn alle Staatsanwaltschaften bundesweit jede antisemitische Tat verfolgen", sagte Lambrecht.

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2021 zeigte sie sich offen für ein rotrot-grünes Regierungsbündnis: "Warum sollte die SPD nicht eine Koalition mit Grünen und Linken eingehen können?" mig/kk

► Interview Welt und Wissen

# wn/oz/anzeigen Das Trauerportal für Weinheim, die Bergstraße und den

**Journalismus zeigt Gesicht** 

### Kompakte Recherche mit Folgen

Weinheim. Zeitung bewegt nicht nur, sondern kann auch etwas bewirken. Im Rahmen der Kampagne "Journalismus zeigt Gesicht" wird heute an dem Beispiel einer ehemaligen Notunterkunft in Weinheim verdeutlicht, dass eine langwierige und mitunter schwierige Recherche durchaus Folgen haben kann. 26 Beiträge befassen sich innerhalb eines Jahres mit den zum Teil menschenunwürdigen Zuständen, beleuchten das Thema der Unterbringung aus verschiedenen Blickwinkeln. Am Ende müssen Politik und Verwaltung entscheiden, die Notunterkunft zu schließen. Der Beitrag heute zeigt den schwierigen Weg

▶ Bericht auf Seite 9

#### Betreuung

#### **Neue Krippe** in Großsachsen

Großsachsen. In der ehemaligen Postfiliale in der Friedrich-Ebert-Straße öffnet mittlerweile die vierte Kinderkrippe in Hirschberg. Sie bietet Platz für 20 Kinder. Betreiberin ist die Tausendfüßler GmbH aus Schriesheim. Bei der offiziellen Eröffnung spricht Bürgermeister Ralf Gänshirt von einem "guten Tag für Hirschberger Kinder". Die Gemeinde investierte 400 000 Euro in die Räume und erhielt einen Zuschuss von 150 000 Euro.

► Bericht auf Seite 12

#### **LOKALBLICK**

#### **Zwei Bands auf einer Welle**

Im Gemeindehaus von St. Marien spielen die Musikgruppen "Brothers & Others" und die "Blackwater Band" auf. ▶ Seite 10

#### **Heute mit Leserforum**

In der heutigen Ausgabe findet sich wieder das Leserforum. Die Leserbriefe thematisieren unter anderem Wildtiere im Zirkus. ▶ Seite 15

#### IN DIESER AUSGABE

Traueranzeigen. Bekanntmachungen ....

Mo.-Fr. 9-18 Uhr, Sa. 9-12 Uhr



